

# Unter staatlicher Aufsicht

Trotz Warnungen und zahlreicher Klagen konnte die Finanzfirma Phoenix bei ihren Kunden jahrelang Geld einsammeln. Jetzt droht ein Schaden von mehreren hundert Millionen Euro.

Für den 60. Geburtstag seiner Frau hatte sich Dieter Breitkreuz eine ganz besondere Überraschung ausgedacht. Begleitet von seiner Schwiegertochter, seinem Enkelkind und seiner Schwägerin wollte der Hobbyflieger mit der Ehefrau den besonderen Anlass im Kreise der Schönen und Reichen dieser Welt feiern – zu Ostern in der St. Moritzer Nobelherberge Palace.

Doch die stilechte Anreise in das alpine Jetset-Paradies endete für den Eigentümer der Frankfurter Phoenix Kapitaldienst und seine Familienangehörigen tödlich. Augenzeugen sahen seine Privatmaschine Typ Piper PA 46-350P „in unkontrollierter Lage vertikal aus den Wolken abstürzen und auf dem Golfplatz Zuoz-Madulain aufschlagen“, heißt es in einem Bericht des Schweizer Büros für Flugfalluntersuchungen vom 8. April 2004.

Wie aus heiterem Himmel liegt nun knapp ein Jahr später auch das undurchsichtige Finanzimperium der Familie Breitkreuz zerstört am Boden. Auf Veranlassung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) musste die Phoenix Kapitaldienst GmbH vorvergangenen Donnerstag den Betrieb einstellen.

In Frankfurt droht einer der größten Betrugsskandale aller Zeiten. Rund 30 000 Anleger, die ihr Ersparnis in den Hedgefonds Phoenix Managed Account pumpten, sollen um mehrere hundert Millionen Euro geprellt worden sein. „Auf einem virtuellen Konto wurde eine Art Computer-Börsenspiel veranstaltet“, sagt der vom Gericht vorläufig eingesetzte Insolvenzverwalter Frank Schmitt.

Neben einigen realen Konten mit tatsächlichen Umsätzen führte Phoenix nach der Darstellung Schmitts ein Superkonto beim Londoner Broker Man Financial auf, das gar nicht existierte. Mit diesem Konto wurden den Anlegern Umsätze vorgespiegelt, die es nie gab. Die 900 Millio-

nen Dollar auf dem Konto existierten nur in der Phantasie. Wirtschaftsprüfer und BaFin bemerkten jahrelang nichts, trotz eingehender Prüfungen.

Erst eine Strafanzeige aus dem Topmanagement der Phoenix gegen den eigenen Chefhändler brachte vor wenigen Tagen das Kartenhaus zum Einsturz. Doch dass der allein Schuld sein soll, mögen die Staatsanwälte nicht glauben. Der Mann ist weiterhin auf freiem Fuß.

Noch sind die Ermittlungen ganz am Anfang. Die Fahnder folgen unter anderem Spuren eines möglicherweise gigantischen Schneeballsystems. Mit den Einzahlungen neuer Anleger könnten die Auszahlungen an Altanleger finanziert



Firmenpatriarch Breitkreuz Internationales Geflecht



Phoenix-Sitz in Frankfurt am Main: „Virtuelles Konto“

worden sein. Der Rest wanderte in bislang unbekannte Taschen.

Boris Dickow, 33, war eines der typischen Opfer. Der Diplom-Psychologe überwies auf Anraten seines Finanzberaters George Fishel im Januar 5000 Euro auf das Konto 251 017 bei der Frankfurter Sparkasse. „Wir machen keine Märkte, wir nutzen sie“, lockte Phoenix den unerfahrenen Anleger. Seit Auflegung des sogenannten Phoenix Managed Account im Jahr 1992 seien für die Stillhalter in Optionsgeschäften „Jahr für Jahr um und deutlich über 10 Prozent netto“ angefallen, heißt es im Prospekt.

Die Kontoabrechnung vom 28. Februar, wie sie ähnlich alle 30 000 Anleger bekamen, signalisierte, das alles in bester Ordnung war. Trotz üppiger Gebühren standen nach einem Monat schon 5043,39 Euro auf dem Papier.

Auch Finanzberater Fishel vertraute den magischen Kurven der Phoenix, die scheinbar immer weiter nach oben gingen. 2001 investierte der Makler von ProIndex selbst. Seitdem wuchs sein persönlicher Einsatz, das suggerierte der monatliche Kontoauszug, kontinuierlich an.

Zusammen mit anderen Vermittlern charterte er zweimal im Jahr Busse, um die Kunden ähnlich wie bei Butterfahrten zu Phoenix zu karren. In Frankfurt bekamen die Anleger eine Börsenführung und staunten bei einer Tour durch die Stadt über die Türme der Banken. Beim kostenlosen Mittagessen erklärte gelegentlich Breitkreuz selbst die angeblich zahlreichen Sicherungspolster und Steuerungsinstrumente der Phoenix.

Dass der eloquente Verkäufer einen einschlägigen Ruf besaß, ahnten die Anleger nicht: Schon in den neunziger Jahren zählte Breitkreuz zu den Eminenzen des Grauen Kapitalmarktes, er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des „Deutscher Terminhandel Verband“, den Finanzmarktexperten schon mal als „Dachverband der Termingeldhaie“ bezeichnen.

Einige Herren spezialisierten sich auf den Warenterminhandel und investierten das Geld ihrer typischerweise am Telefon geworbenen Kunden in Optionen auf Schweinehälften, Kupfer oder Öl. Auf wundersame Weise verschwand dann häufig das Geld. Die meisten Firmen wurden geschlossen, manche ihrer Gründer wanderten ins Gefängnis.

Bereits 1998 warnte der SPIEGEL (18/1998) vor den unseriösen Geschäftsmethoden und vor der aggressiven Werbung von Phoenix. Breitkreuz erwirkte eine Unterlassungserklärung gegen die Berichterstattung und machte weiter. Schon damals konnte sich der Phoenix-Gründer auf sei-



ARNO DALZARINI / KEystone ZÜRICH / DPA

Abgestürzte Privatmaschine von Dieter Breitkreuz (2004): „Vertikal aus den Wolken“

nen Anwalt Otto Graf Praschma verlassen, der selbst aus dem Zockermilieu stammt.

Kundengelder verschwanden, doch Betrug konnten die Staatsanwälte Breitkreuz nie nachweisen. „Es gab Anhaltspunkte für ein qualifiziertes Schneeballsystem, aber nie Beweise“, erinnert sich Klaus-Dieter Benner, einer der damals mit der Branche befassten Staatsanwälte.

In den frühen neunziger Jahren liefen die Geschäfte noch individueller ab. Sobald die Kunden auf Auszahlung ihrer Gelder drängten, verhandelte oftmals ein Verlustgeschäft ihre Bilanz, das sie angeblich selbst in Auftrag gegeben hatten. Andere Phoenix-Händler bezeugten vor Gericht den telefonischen Auftrag. Nur einmal konnte ein Kunde in einem Strafverfahren vor dem Amtsgericht Frankfurt gegen einen Phoenix-Mitarbeiter nachweisen, dass er zu dem Zeitpunkt des angeblichen Anrufs gar nicht in Europa war.

Auch vor anderen Gerichten war Phoenix regelmäßiger Gast, die Anleger waren allerdings selten erfolgreich. Dem Düsseldorfer Anwalt Jens Graf gelang es, im April 2004 vor dem Oberlandesgericht Frankfurt Schadensersatz zu erstreiten. Das Gericht monierte die „unzureichende Aufklärung des Anlegers“ und das „irreführende Prospektmaterial“.

Selbst die Finanzaufsicht, die seit 1998 auch Firmen des Grauen Kapitalmarkts beaufsichtigt, rieb sich im juristischen Kleinkrieg mit Phoenix auf. Sie hatte mit Bescheid vom 21. März 2000 verfügt,

dass die Gelder der Phoenix-Kunden nicht mehr auf gemeinsame Treuhandkonten kommen, sondern „unverzüglich“ getrennt von den Geldern des Unternehmens und von anderen Kundengeldern geführt werden sollten.

Möglicherweise wären so die Betrüge-reien früher aufgefliegen. Am 24. April 2002 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht der BaFin, dass der Bescheid nicht gegen EU-Recht verstößt. Trotzdem hielt Phoenix die BaFin hin und verbuchte auch 2005 noch auf Gemeinschaftskonten. Die BaFin sagt, dass auch bei einem energischeren Durchgreifen die Fälschungen bei den Konten nicht aufgefallen wären.

Seit 1998 konnte Phoenix damit werben, dass sie bei der BaFin einer staatlichen Aufsicht unterliegt und Mitglied der EdW Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen ist. Die über 700 Zwangsmitglieder müssen abhängig von ihrem Geschäftserfolg einzahlen. So kommt es, dass viele durchaus seriöse Ver-



VARIO-PRESS / SÜDDEUTSCHER VERLAG

BaFin-Sitz in Frankfurt am Main: Nichts bemerkt

mögensverwalter für die Betrüge-reien der schwarzen Schafe aufkommen müssen.

Je Anleger wird ein Schaden von bis zu 20 000 Euro durch die EdW ersetzt. „Das führt zu widersinnigen Anreizen“, sagt Markus Straub. Das Vorstandsmitglied der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger rechnet vor, dass sich Anleger mit der Gewissheit der EdW-Haftung durch die Allgemeinheit bewusst für betrügerische, in der Regel hochverzinsten Anlagen entscheiden könnten.

„Das ist eine Schweinerei“, sagt der Münchner Vermögensverwalter Gottfried Heller. Zurzeit liegt die Verfassungsbeschwerde einiger Vermögensverwalter gegen ihre Haftung für Betrüger beim Bundesverfassungsgericht.

Aber vielleicht wird schon der Phoenix-Fall die Vorschrift kippen. Sollte der Schaden tatsächlich Hunderte Millionen Euro betragen, wird die EdW Nachschüsse von ihren Mitgliedern einfordern, weil die Reserven viel zu klein sind. Die Zuschüsse könnten manche Vermögensverwalter in die Pleite treiben. Schnell könnte der Ruf laut werden, dass der Staat für den Schaden aufkommen solle. Schon jetzt ist die EdW bei der staatlichen Bank KfW angesiedelt.

Und wohin ist das Geld der Kunden geflossen? Haben es Phoenix-Mitarbeiter verspekuliert – oder zur Seite geschafft?

Liegt die Schuld beim Chefhändler, den die Erbgemeinschaft von Dieter Breitkreuz und die Geschäftsführer angezeigt hatten? Wenn ja, hatte er Komplizen?

Phoenix-Anwalt Otto Graf Praschma hat die „Strafanzeige mitverfasst“, will aber zu Einzelheiten nicht Stellung nehmen.

Um die Antwort auf diese Fragen zu finden, müssen die Ermittler ein internationales Firmen- und Kontengeflecht entwirren. Breitkreuz senior war ständig in der Luft, er pendelte zwischen Kopenhagen, London, Schweiz, Oman und Dubai, überall machte der Phoenix-Patriarch Geschäfte. Eine dänische Tochterfirma bahnte vergangenen Sommer gar Geschäftsbeziehungen in den brasilianischen Großstädten Rio de Janeiro und São Paulo an.

Auch in Deutschland gibt es bislang weitgehend unbekannte Finanzkanäle, für die sich der Insolvenzverwalter interessiert. So kaufte Breitkreuz Anfang 2002 von der Deutschen Bahn über 500 Bahnhöfe. Zu diesem Zweck pumpte er persönlich rund 7,5 Millionen Euro in die First Rail Estate (FRE), den Rest finanzierte die Aareal Bank. Bis Ende 2005 will die FRE weitere 517 Bahnobjekte übernehmen.

Flossen am Ende gar Teile der Anlegergelder in die Kassen der Deutschen Bahn? „Es muss jetzt geklärt werden, woher die 7,5 Millionen Euro stammen“, sagt Dirk Breitkreuz, Sohn des Firmenpatriarchs und Sprecher der Erbgemeinschaft.

BEAT BALZLI, CHRISTOPH PAULY